

# Migration, Ethnische Ökonomie und Stadtentwicklung

Caner Aver

## 1 Ausgangssituation

Die als Rotationsprinzip konzipierte Arbeitsmigration ab den 50er Jahren stand den betriebswirtschaftlichen Zielen der Arbeitgeber, die angelernten Arbeitskräfte zu erhalten, entgegen. Ihre Integration erfolgte daher auch nicht nach dem Anwerbestopp als Folge der Ölkrise (1973) und des anschließenden Rückgangs der Industrieproduktivität. Dieser Umstand hat die Familienzusammenführung forciert, aus der sich die befristete Arbeitsmigration zu einer tatsächlichen und dauerhaften Einwanderung von hauptsächlich geringqualifizierten und bildungsfernen Arbeitskräften entwickelte.

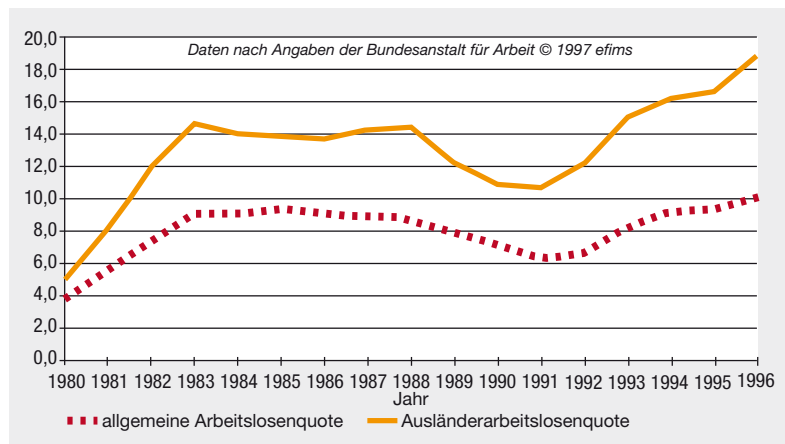
**Tabelle**  
Entsendung von türkischen Arbeitskräften  
nach Deutschland

Jahre	Arbeitsmigranten
1961	1 476
1965	51 520
1969	103 975
1973	135 820
1981	39 521
Gesamt	955 065

Quelle: Talas/Cemal 1997: 194

Bereits 1979 verfasste der damalige „Beauftragte zur Förderung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen“ der Bundesregierung Heinz Kühn ein Memorandum zum „Stand und Entwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland“ und bezeichnete Deutschland als Einwanderungsland. Das Memorandum hat die Diskrepanz in der Gestaltung der Arbeitsmigration zwischen Wirtschaft und Politik sowie die Notwendigkeit einer strukturellen Integration verdeutlicht. Um die Arbeitsmigration nicht zu einer dauerhaften Einwanderung entwickeln zu lassen und den Arbeitsmarkt zu entlasten (Abb. 1), wurde die Rückkehr ausländischer Arbeitsmigranten durch finanzielle Anreize staatlich gefördert. Von der Rückkehrförderung haben 1984 15% der türkischen, 11,3% der

**Abbildung 1**  
Allgemeine und Ausländerarbeitslosenquote in den alten Ländern  
der Bundesrepublik Deutschland von 1980 bis 1996



Quelle: Lederer 1997: 35

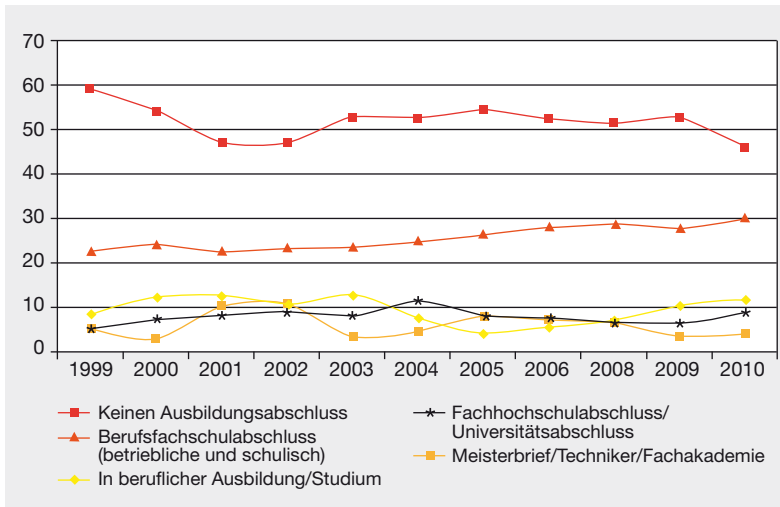
italienischen, 5,8% der griechischen und spanischen sowie 5,6% der ehemaligen jugoslawischen Staatsbürger Gebrauch gemacht. Ab 1985 ist die Rückkehr unter allen untersuchten Gruppen der Arbeitsmigranten rückläufig (Jankowitsch/Klein/Weick 2000: 97). Die staatlich geförderte Rückkehr hat nicht zuletzt wegen der Familienzusammenführung keinen Rückgang des Ausländeranteils in Deutschland herbeigeführt.

Diese Entwicklung führte besonders unter den nachkommenden Generationen der Arbeitsmigranten in ehemaligen Arbeiterquartieren zur Verstärkung von Strukturdefiziten in Bildung und Arbeitsmarkt, die den Fortzug einkommensstarker Haushalte zugunsten bürgerlicher Quartiere förderte. Im Vergleich zu den in den 60er Jahren Angeworbenen findet sich insbesondere in den nachkommenden Generationen ein Anstieg an ressourcenstarken Haushalten mit gesellschaftlichen Aufstiegsambitionen (Halm/Sauer 2011: 75). Die positive Entwicklung in den Berufsabschlüssen (Abb. 2) verdeutlicht eine Anpassung an das Niveau der Mehrheitsgesellschaft, obwohl nach wie vor signifikante Unterschiede in den Bildungs- und Berufsabschlüssen vorliegen.

Der Berufsabschluss und das Einkommen bestimmen die Lebensqualität, den Wohnstandort und das Niveau der gesell-

Caner Aver  
Wissenschaftlicher Mitarbeiter  
an der Stiftung Zentrum  
für Türkeistudien und  
Integrationsforschung (ZfTI)  
Ethnische Ökonomie, Migration  
und Stadtentwicklung  
E-Mail: aver@zfti.de

**Abbildung 2**  
**Berufliche Ausbildung 1999 bis 2010 von Türkischstämmigen (Prozentwerte)**



Quelle: Sauer 2010: 61

schaftlichen Teilhabe mit. Einkommensschwache Gruppen sind demnach häufiger auf räumlich begrenzte, ethnisch-kulturelle Milieus mit sozialen und ethnischen Segregationstendenzen konzentriert. Die Diskriminierung von Migranten auf dem Wohnungsmarkt verstärkt diese Tendenz nicht zuletzt wegen ihrer im Vergleich zur Mehrheitsgesellschaft durchschnittlich größeren Haushaltsmitglieder (Gestring/Janßen/Polat 2006: 70). Der Unterschied im durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen von Migranten in Höhe von 2 154 Euro (Sauer 2010: 68) und der Mehrheitsgesellschaft von 2 988 Euro (Daten des Statistischen Bundesamts 2011) wirkt sich unmittelbar auf die Wohn- und Lebensverhältnisse aus.

## 2 Entstehung der ethnischen Ökonomie und ihre Bedeutung im Quartier

Mit dem Anstieg des Ausländer- und Migrantenanteils in Deutschland auf 19,5% in 2012 (16 Mio.) (Daten des Statistischen Bundesamts 2012) ist der Anteil der ethnischen Unternehmer an allen Selbständigen in Deutschland (2009: 4,2 Mio.) ebenfalls angestiegen und erreichte mit 678 000 einen vorläufigen Höhepunkt (Jung et al. 2011: 32). Gleichzeitig sei nach Angaben des DIHK aus demografischen Gründen ein Rückgang der Selbständigen bis zum Jahr 2050 um mehr

als eine halbe Million absehbar. Die Erschließung des Gründungspotenzials von Migranten müsse deshalb weiter fortgeführt werden (vgl. DIHK 2008: 14). Daher bewerten Wirtschaftsförderungen und Kammern sie nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus integrationspolitischen Gesichtspunkten und nehmen sie zunehmend als strategisches Handlungsfeld in ihre Ausrichtung mit auf. Der kontroverse Diskurs über die Etablierung der ethnischen Ökonomie hinsichtlich der Potenziale und Gefahren im städtischen Raum verdeutlicht zwei wesentliche Perspektiven. Während einerseits die Arbeitsmarktentlastung, Internationalisierung sowie die Stabilisierung von Quartieren im Vordergrund stehen und der Deutsche Städtetag die Förderung der ethnischen Ökonomie als einen wichtigen kommunalen Ansatzpunkt bewertet (2007: 28), wird sie im medialen und teils im wissenschaftlichen Diskurs defizitorientiert als vermeintlicher Beleg für die Entstehung sozialer Brennpunkte und Parallelgesellschaften aufgeführt. Eine Ursache hierfür kann in der Wahrnehmung von ethnischen Unternehmen als Bedrohung bestehender Privilegien und neuer Lebensformen im städtischen Raum liegen (vgl. Nikodem/Schulze/Yildiz 2007: 96f.), gleichwohl Gründungen aus wissensintensiven Branchen durch Bildungsinländer stetig zunehmen (ZITI: 2007: 38). Die Ethnische Ökonomie ist dabei das Ergebnis der sichtbar gewordenen Migration, aus der neben der intra-ethnischen Infrastruktur eine interethnische – auch mit der Mehrheitsgesellschaft – entstanden ist.

Zur Bestimmung der ethnischen Ökonomie existieren unterschiedliche Definitionen wie: Die Gesamtheit des ökonomischen Handelns von Menschen unabhängig ihrer Staatsangehörigkeit und ihres Geburtsortes, soweit sie im Vergleich zu Unternehmern aus der Mehrheitsgesellschaft unterscheidbare ethnische und kulturelle Merkmale aufweisen (Halm/Sauer 2005). Das Deutsche Institut für Urbanistik versteht darunter: Unter der ethnischen bzw. Migrantenökonomie wird die selbständige Erwerbstätigkeit von Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland und abhängige Beschäftigung von Migranten in von Personen mit Migrationshintergrund geführten Betrieben verstanden, die in einem spezifischen Migrantenmilieu verwurzelt sind (Difu 2005). Ihr stetig steigender Anteil an allen Selbständigen hat unterschiedliche Ursachen. Die bisher gültigen

theoretischen Erklärungsansätze wie Reaktionsmodell, Kulturmodell oder das Nischenmodell verlieren ihre absolute Gültigkeit mit der Zunahme des Integrationsniveaus. Die Selbständigkeit wird zunehmend als Möglichkeit der Selbstverwirklichung und des sozialen Aufstiegs empfunden. Auch wenn Migranten in der formalen Bildung immer noch als benachteiligt gelten, liegt der Anteil der Studierenden immerhin bei 12,2% (vgl. BBM 2005: 67). Entsprechend wird die Verselbständigung oft als folgerichtiger Karriereschritt nach einer hochqualifizierten Ausbildung betrachtet.

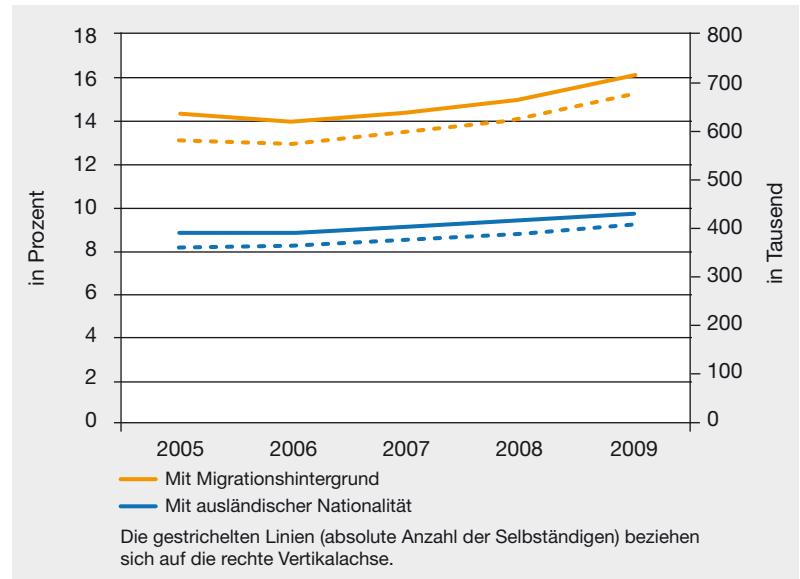
Zur theoretischen Erklärung von Unternehmensgründungen durch Migranten existieren drei Ansätze:

1. Das „Nischenmodell“ erklärt die Entstehung ethnischer Unternehmensgründungen zur Bedarfsdeckung von Waren, Gütern und Dienstleistungen ihrer Zielgruppe im Aufnahmeland, die in der Form im Regelangebot des Handels nicht erhältlich sind bzw. waren.
2. Das „Kulturmodell“ schreibt den Migranten eine kulturell verankerte Neigung zur Selbständigkeit zu, die im Aufnahmeland fortgeführt wird.
3. Das „Reaktionsmodell“ erklärt die Selbständigkeit als Folge der negativen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, von der Migranten ab den 80er Jahren besonders stark betroffen waren.

In einer Umfrage von evers&jung gaben 50% der befragten Italienisch-, Polnisch- und Deutschstämmigen an, wegen drohender bzw. bestehender Arbeitslosigkeit die Selbständigkeit gewählt zu haben; unter nicht-erwerbstätigen bzw. ehemaligen nicht-erwerbstätigen Russisch- und Türkischstämmigen ist dieser Wert noch höher ausgeprägt (russischstämmig: 60%, türkischstämmig: 64,5%) (Jung et al. 2011: 68).

Die ethnische Ökonomie als Wirtschaftsakteur in der Stadtentwicklung wird – trotz ihres Potenzials für die Quartiersentwicklung – durch die kommunalen Entscheidungsträger nach wie vor nicht ausreichend in die Entscheidungsprozesse einbezogen. Daher sollte auf lokaler Ebene zunächst auf das Potenzial der Menschen zur Bewältigung von kommunalen Herausforderungen geachtet und diese genutzt werden (Gesemann/Roth 2009: 21). Aus dieser Per-

**Abbildung 3**  
Relative und absolute Entwicklung der Bedeutung ausländischer und ausländischstämmiger Selbständigkeit 2005 bis 2009



Quelle: Jung et al. 2011: 33

spektive heraus rückt die Leistungsfähigkeit der ethnischen Unternehmer in den Fokus kommunaler Entscheidungsträger: Diese kann einen Beitrag zur Stärkung der Lokalökonomie und des Beschäftigungspotenzials beitragen, die gesellschaftliche Verantwortungsübernahme fördern und das Wohnumfeld attraktiver gestalten (Nuissl/Schmiz 2013: 182). Vor diesem Hintergrund erfährt sie sowohl durch ihre quantitative (Anzahl der Betriebe) als auch durch ihre qualitative (Wirtschaftskraft) Größe als Wirtschaftsakteur eine steigende und querschnittsübergreifende Bedeutung in der Lokalökonomie und der Stadtteilentwicklung.

Sie fokussiert sich primär auf die a) wirtschaftliche, b) arbeitsmarktpolitische und c) integrative Ebene:

a) In ihrer wirtschaftlichen Funktion tragen ethnische Unternehmer im Jahre 2005 zum Bruttoinlandsprodukt der Kommune und des Bundes mit einem Gesamtumsatz von 50 Mrd. Euro bei (Leicht 2005: 34), wohingegen die türkeistämmigen Unternehmer im Jahre 2007 einen Umsatz von 32,7 Mrd. Euro erwirtschafteten (ZfTI 2007: 32). Durch ihren räumlich begrenzten Aktivitätsradius und ihrer kulturheterogenen Kunden- und Lieferantenstruktur sind sie als Teil des lokalen und regionalen Wirtschaftskreislaufs mit den Wirtschaftsakteuren der Mehrheitsgesellschaft verflochten. Dies

wirkt sich positiv auf die Sprachkompetenz aus (ebd.: 41ff.) und fördert die Nutzung der deutschen Sprache als gemeinsame Verkehrssprache zwischen allen Migrantengruppen. Ein weiterer Punkt sind Gründungen in wissensintensiveren Branchen wie der kultursensiblen Alten- und Krankenpflege, dessen Bedarf demografisch bedingt nicht nur unter den Migranten ansteigt und dadurch neue Arbeitsplätze entstehen. Hinsichtlich der Unternehmensnachfolgeregelung nehmen ethnische Unternehmer ebenfalls eine immer wichtigere Rolle ein. Die steigenden Leerstände bedingt durch das Alter und fehlende Interessenten zur Übernahme werden auch von ethnischen Unternehmern oder Gründern genutzt (Jung et al. 2011: 80). So werden Leerstände in Quartieren reduziert, dadurch verursachte Verwahrlosungstendenzen reduziert und besonders benachteiligte Quartiere belebt. Das davon ausgehende Sicherheitsgefühl und erhöhte soziale Kontrolle wirken stabilisierend.

b) Ethnische Unternehmer haben durch die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen eine wichtige arbeitsmarktentlastende Funktion. Durch den Weg in die Selbständigkeit werden neue Beschäftigungsperspektiven nicht nur für die Gründer, sondern auch für weitere Arbeitssuchende geschaffen, die nicht nur aus dem eigenen sozio-kulturellen Milieu stammen. Neben Aushilfstätigkeiten für mithelfende Familienangehörige schaffen sie zusätzlich qualifizierte Arbeitsplätze. Die Bundesregierung schätzt das Gesamterwerbspotenzial selbständiger Migranten auf zwei Millionen (BPA 2011: 111). Hinsichtlich des Ausbildungsbeitrages liegen ethnische Betriebe aufgrund der höheren Fluktuation der Betriebsinhaber, Betriebsgröße und fehlenden formalen Ausbildungsvoraussetzungen mit 19% bei türkischstämmigen, 17,1% aus der ehemaligen Sowjetunion, 10% bei italienischstämmigen Unternehmen unter den Betrieben der Mehrheitsgesellschaft (Christ/Reinecke/Welker 2007: 162). Der arbeitenden Mittelklasse (Unternehmer, abhängig Beschäftigte) wird als Rollenmodell für benachteiligte Quartiersbewohner eine wichtige Funktion zugeschrieben, indem sie den Wert der Arbeit und Bildung vermitteln. Sie übernehmen im Rahmen ihrer unternehmerischen Tätigkeit eine Vorbildfunktion für jüngere Migranten aus

dem sozialen Milieu, deren Sozial- und Humankapital durch ihre Sozialisation durchschnittlich geringer ausgeprägt ist als das derjenigen aus der Mehrheitsgesellschaft.

c) Die Relevanz der ethnischen Ökonomie hat ab den 90er Jahren vor allem für die Entwicklung der Lokalökonomie an Relevanz gewonnen. Die ethnischen Unternehmer stellen die Nahversorgung in zumeist benachteiligten Quartieren für Kunden aus allen Herkunftsländern und benachbarten Quartieren sicher und schaffen einen Ort der Begegnung und zur Pflege nachbarschaftlicher Verhältnisse. Durch ihre soziale Verankerung am Standort leisten sie häufig einen wichtigen Beitrag für Stabilisierungen von Nachbarschaftsverhältnissen und fördern den sozialen Zusammenhalt (BPA 2007: 118). Neu angesiedelte Unternehmer in segregierten Quartieren dienen als Bestandteil zentraler Netzwerkstrukturen als wichtige Ressourcen für die Beschaffung und Vermittlung von Informationen, Kontakten, Wissen, Arbeitskräften, Geschäftsbeziehungen und Kunden (vgl. Schuleri-Hartje/Floeting/Reimann 2005: 73).

Einen weiteren wichtigen Beitrag zur strukturellen Verbesserung bzw. Aufwertung benachteiligter Quartiere schaffen ethnische Unternehmer durch einen Branchenmix und heterogener Personal-, Kunden-, und Lieferantenstruktur. Durch gleichartige Geschäfte (wie z. B. Gastronomiebetriebe) im Quartier wachsen Auswahlmöglichkeiten auch für Kunden aus anderen Stadtteilen. Eine gezielte öffentliche Förderung zur Bildung und Stärkung eines Marktsegments (wie z. B. dem Heiratsmarkt in Duisburg/Marxloh) kann die Ansiedlung weiterer Unternehmen aus Branchen wie Bekleidung, Schmuck, Friseurhandwerk, Film & Fotografie, Werbung und Gastronomie fördern. Dieser sich zu einem Standortvorteil entwickelte Prozess kann das Quartier wirtschaftlich, sozial und kulturell wiederbeleben und stabilisieren. Durch eine Imageaufwertung werden Rahmenbedingungen geschaffen, die den Einzugsbereich des Kundenkreises erweitern, was wiederum Impulse zur Ansiedlung weiterer Unternehmen schafft. Allerdings besteht durch wachsende Konkurrenz die Gefahr, durch einen Preiskampf zu scheitern und dadurch das Image des Quartiers zu beschädigen.

Das Integrationspotenzial der wachsenden ethnischen Unternehmer basiert u. a. auf deren Organisationsform und -niveau z. B. in ethnischen oder lokalen Unternehmervereinen. Als Multiplikatoren treten sie u. a. für die Interessen der Mitgliedsunternehmer ein und fördern die strukturelle Kommunikation mit Institutionen der Mehrheitsgesellschaft. Die Unternehmensberatungsgesellschaft PwC kommt in einer Studie mit türkischstämmigen Unternehmern zum Ergebnis, dass Verbandsmitgliedschaften eine große Bedeutung einnehmen. Demnach waren 80% der befragten Unternehmer Mitglied in der IHK (Pflichtmitgliedschaft), 1% gehörten verschiedenen türkischen Unternehmerverbänden an, weitere 15% waren in Branchenverbänden organisiert (vgl. PwC Mittelstand 2009: 17). Durch ihr Engagement in lokalen bzw. regionalen herkunftshomogenen und/oder heterogenen (internationalen) Unternehmervereinen schaffen sie eine Kommunikationsbrücke zu den Strukturen der Mehrheitsgesellschaft und fördern dadurch die interkulturelle Sensibilisierung auf Seiten der Mehrheits- und Migrantengesellschaft. Die ressourcenstarken Organisationen (was z. B. Finanzen, Mitglieder, Know-how betrifft) treten auf als Träger zielgruppenorientierter, öffentlich geförderter Projekte, wie etwa zur Förderung der Ausbildungsfähigkeit ethnischer Betriebe oder Gründungs- und Betriebsberatungen für Migranten.

Während das Engagement ethnischer Unternehmer in Unternehmervereinen zunimmt, ist sie in räumlich verorteten und branchenübergreifenden Organisationen wie Gewerbevereinen eher marginal ausgeprägt. Aus Gründen der Standortstärkung sowie der Förderung wirtschaftlicher und politischer Interessen seiner Mitglieder ist ein solches Engagement besonders in sozial schwachen Quartieren von Belang. Durch die lokale Ausrichtung können Unternehmer neben gemeinschaftlichen Werbeaktionen und lokalem Lobbying im informellen Austausch zwischen den Mitgliedern aus unterschiedlichen Herkunftsländern und Branchen Netzwerke knüpfen und sich durch kurze Kommunikationswege für die Belange des Quartiers einsetzen. Daher sollten ethnische Unternehmer stärker in die Quartiersarbeit und in die Netzwerke der lokalen Ökonomie einbezogen werden.

### 3 Neue Akteure in der Quartiersentwicklung

#### **Immobilienbesitzer**

Parallel zum Anstieg der ethnischen Unternehmer hat sich der Wohnimmobilienwerb positiv entwickelt. Grund dafür ist u. a. die Privatisierung von herabgewirtschafteten Wohnbeständen des Werkwohnungsbaus in benachteiligten Stadtteilen, vor allem in den ehemaligen stadtnahen Arbeiterquartieren. Durch den Anstieg türkischstämmiger Wohneigentümer von 54 000 im Jahr 1996 auf 135 000 in 2002 und auf 210 000 zur Jahresmitte 2007 sind neue Akteure im Quartier entstanden (ZfTI 2007: 19). Immobilienbesitzer der ersten Einwanderergeneration haben in der Regel ihr zuvor gemietetes Wohnobjekt in vorwiegend von Migranten geprägten Stadtteilen erworben; der Trend zum Verbleib im als Heimatort wahrgenommenen Stadtteil zieht sich in bestimmten sozialen Milieus generationenübergreifend fort. Ethnische Infrastruktur und soziale Netzwerke, deren unmittelbare Nähe insbesondere für viele Bewohner mit geringen Deutschkenntnissen eine stabilisierende Funktion im sozialen Kontext hat, ist neben den günstigeren Erwerbskosten ein Investitionsargument im Quartier.

Nach einer Studie des ILS in Dinslaken-Lohberg und Duisburg-Marxloh, beides Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf, hohem Anteil an Migranten und Arbeitslosen, haben ein Großteil aller befragten Eigentümer stark sanierungsbedürftige Häuser zur fast ausschließlichen Selbstnutzung erworben (Hanhörter 2003: 12). Der Erwerb von alten Immobilien geht oft mit hohen Sanierungskosten einher, was aus Gründen der langfristigen Selbstnutzung wirtschaftlich rentabel zu sein scheint. Dadurch profitieren wiederum lokale Unternehmer, darunter kleine (ethnische) Handwerksbetriebe. In den Großstädten und Ballungsgebieten sind Abwanderungsbewegungen einkommensstarker Bevölkerungsgruppen festzustellen sowie ein weiterer Zuzug ehemaliger sozialschwacher Arbeitsmigranten, was eine sozialräumliche Entmischung und soziale Destabilisierung benachteiligter Wohnquartiere zur Folge hat (Hanhörter 2003: 5). In diesem Kontext wird der Wohneigentumserwerb von der verbliebenen autochtho-

nen Bevölkerung aufgrund der instabilen sozio-ökonomischen Lage als Bedrohung wahrgenommen und teilweise vehement abgelehnt (Hanhörster, Mölder 2000: 378). Diese als Segregation bezeichnete Entwicklung führt zu einer selektiven Zuwanderung und daher zu einer Konzentration von eher wirtschaftlich, sozial und kulturell benachteiligten Gruppen. Im Rahmen dieses Diskurses entscheiden Indikatoren über zukünftige Entwicklungen solcher Quartiere. Zu den Indikatoren zählen u. a. die Beschäftigungs- bzw. Arbeitslosenquote, das Einkommensniveau, materieller Besitz, Wohnungsmarkt, (Eigentümer-/Mieterverhältnis), Bildungsniveau, kulturellethnische Hintergrund und das religiöse Weltbild. Andererseits kann die durch die gesellschaftliche Transformation entstandene internationale Bevölkerungs- und Unternehmerstruktur ein Standortvorteil sein, welchen die kommunalen Strukturen wie die Wirtschaftsförderungen oder Kammern in ihre Stadtmarketingkonzepte integrieren müssten. Die kulturelle Durchmischung und ein reichhaltiges Kulturangebot können als Pull-Faktoren in bestimmten Quartieren zu einer Aufwertung führen (Leicht et al. 2012: 53). Verstärkter Kulturbetrieb, Ansiedlung religiöser und kultureller Zentren, eine vielfältige ethnische Ökonomie, eine internationale Bevölkerungsstruktur sowie eine flankierende kommunale Unterstützung sind wichtige Instrumente zur Nutzung und Stärkung von Entwicklungspotenzialen solcher Stadtteile; Chinatown in London-Soho, Seine-Saint-Denis in Paris oder Köln-Mülheim sind Beispiele für po-

sitive Entwicklungen von multikulturellen Stadtteilen.

### Religiöse Zentren

Durch den dauerhaften Verbleib der Migranten im Aufnahmeland haben sich Moscheen sowohl in ihrer Architektur als auch in ihrer gesellschaftspolitischen Funktion verändert. Viele von ihnen sind zum einen aus den sogenannten Hinterhöfen in baulich präzisere Gebäuden umgezogen und bieten neben den religiösen auch integrationspolitische, kulturelle und sportliche Angebote und leisten dadurch Querschnittsaufgaben zwischen religiöser „Grundversorgung“, Freizeitgestaltung, mitunter Bildung, Sozialarbeit und alltäglichem Beistand bei der Orientierung in Deutschland. Die zu einem Kristallisationspunkt gewordenen Gemeinden weisen insgesamt einen hohen Organisationsgrad von ethnischen Netzwerken mit etwa 2 300 Moscheevereinen auf, in den etwa 29% der Türkischstämmigen Mitglied sind (Halm/Sauer 2005: 3). Daher eignen sie sich als Partner für integrationspolitische Akteure, um einen möglichst breiten Zugang in die Gemeinde zu erlangen. Die Multifunktionalität wirkt der sozialen und ökonomischen Abwärtsentwicklung eines Stadtteils entgegen, da sich um die religiösen Zentren zusätzlich Kultureinrichtungen oder kleine ethnische Betriebe mit Finanzierungsmöglichkeiten für weitere Gemeindebauten ansiedeln können.

Hinsichtlich der Nutzungsanforderungen und Gewohnheiten im öffentlichen Raum haben Migranten ihre spezifischen Bedürfnisse und Vorstellungen. Deutliche Merkmale von Quartieren mit hohem Migrantenanteil sind sichtbare Veränderungen an Gebäudefassaden wie Satellitenschüssel zum Empfang muttersprachlicher Medien, Außengestaltung von Verkaufsflächen ethnischer Betriebe sowie Kultur-, Bildungs- oder religiöse Zentren. Repräsentative Gebetsstätten wie Moscheen, Hindutempel, Synagogen konzentrieren sich häufig auf Stadtteile mit hohem Migrantenanteil aufgrund der Nähe zu ihrer Gemeinde. Die räumliche Ausdehnung und bauliche Wirkung ist dadurch begrenzt, sodass keine großflächige urbane Bauprägung sichtbar wird und ihre architektonische Ausstrahlungskraft sich auf das Quartier beschränkt. Eine im osmanischen Baustil errichtete Mo-



Türkisches Lebensmittelgeschäft in Dortmund-Nord

Foto: Mustafa Şentürk

schee mit einer integrierten Begegnungs- und Bildungsstätte in Duisburg-Marxloh ist ein plakatives Beispiel für eine Quartiersaufwertung durch die Schaffung eines Religions-, Kultur- und Begegnungszentrums im Migrantenviertel.

### Bewohnernutzung öffentlicher Räume

Die Nutzung und Aneignung ehemaliger urbaner Industrieflächen in der Nähe ehemaliger Arbeiterquartiere in Form von Grünanlagen zeigen deutliche Unterschiede zwischen der Mehrheitsgesellschaft und der Migrantengesellschaft. Durch den Anstieg von Migranten als Immobilienbesitzer entstehen neue Nutzungsansprüche an den öffentlichen Raum. Durch einen Funktionswandel ehemaliger Zechen- und Industrieanlagen sind neue urbane Grünflächen entstanden, die unterschiedliche Assoziationen und daraus resultierende Nutzungsverhalten hervorrufen: „Während Natur eher mit positiv besetzten Begriffen assoziiert wird (Grün 57,7%, Bäume 43,9%, Wald 26,5%, Schönheit 17,5%, Blumen 16,9% etc.), wird die Existenz von Natur in der Stadt oftmals von den Befragten in Frage gestellt (keine/kaum Natur 24,4%, dichte Bebauung 19,5% etc.)“ (Hohn et al. 2005: 6). Vor dem Hintergrund der Gewohnheitsmuster aus dem Herkunftsland wird der öffentliche Raum unter Berücksichtigung der Klimaverhältnisse weiter ähnlich genutzt – Industriegelände werden hingegen seltener angenommen. Als Ursache für eine geringe Akzeptanz und Nutzung von Industriegeländen werden fehlende Gestaltungselemente und Ausstattungsmerkmale (z. B. Wasserspender, Spielplätze etc.) sowie Unordentlichkeit und Verwilderung angegeben, was der Vorstellung von öffentlichen Grünflächen aus dem Herkunftsland widerspreche. Die unveröffentlichte Studie hat zwei wesentliche Ergebnisse hervorgebracht: die religiöse Beeinflussung der Naturbewertung und der Wunsch nach mehr gestalteter Natur: „In allen Untersuchungsschritten hat sich außerdem der dominierende Wunsch der türkischen Bevölkerung nach einer Umgestaltung der Industriegelände im Sinne von Parkanlagen mit Wegenetzen, Sitzgelegenheiten sowie mehr Hygiene durch WC-Anlagen oder Brunnen offenbart“ (ebd.: 10); letzteres bevorzugt aus Gründen des islamischen Hygieneideals.



DITIB Fatih-Moschee Marl

Foto: Mustafa Şentürk

---

## 4 Resümee

---

Die ethnische Ökonomie als eine Folge der Migration ist in deutschen Großstädten bereits ab den späten 1980er Jahren Normalität und sollte durch kommunale Entscheidungsträger und Stadtentwickler als Realität anerkannt und in ihre Konzepte integriert werden. Kommunen müssen sie als neue und wichtige Akteure der Stadtentwicklung integrieren.

Ihre Förderung und Stabilisierung kann jedoch aufgrund finanziell begrenzter Ressourcen kaum durch die Kommunen selbst sichergestellt werden: „Die Integration von Migranten kann umso leichter gelingen, je eher sie auch wirtschaftlich integriert sind (...). Generell sind hierfür rechtliche Rahmenbedingungen, Förderprogramme und die gesellschaftliche Akzeptanz der Migranten wichtig. Diese Faktoren können von den Städten nur wenig beeinflusst werden“ (Deutscher Städtetag 2007: 31). Zur sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Stärkung benachteiligter Quartiere stellen Bund und Länder bereits seit den 70er Jahren im Rahmen der Städtebauförderung Finanzhilfen für Investitionen und Entwicklung der Städte und Gemeinden zur Verfügung. Projekte im Rahmen der Sozialen Stadt können wichtige Entwicklungsimpulse zur Stärkung der lokalen Ökonomie und zur Schaffung von Netzwerken zwischen Akteuren aus dem Quartier und Institutionen der Mehrheitsgesellschaft schaffen. Dazu gehören u. a. die Bildung von Organisationsstrukturen oder die Förderung eines

Engagements von ethnischen Unternehmern in Gewerbevereinen. Für das vom Strukturwandel stark betroffene Ruhrgebiet wurde vom NRW-Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr ein zehnjähriges Zukunftsprogramm „Internationale Bauausstellung Emscher Park (IBA Emscher Park)“ (1989–1999) initiiert, das den Umbau ehemaliger Industrieanlagen in Industriedenkmäler, Stadtentwicklung, soziale und beschäftigungspolitische Maßnahmen in Quartieren mit besonderem Erneuerungsbedarf beinhaltet. Hierzu zählt u. a. die Aufwertung traditioneller Arbeiterquartiere, Gartenstädte oder Kleingartenanlagen. Durch die IBA sind ehemalige Zechensiedlungen als historisches Kulturerbe mit hohem Wohnwert und identifikatorischem Potenzial erkannt und als erhaltenswert eingeschätzt. Hierzu zählen z. B. die Siedlung Teutoburgia (Herne), Eisenheim (Oberhausen) oder Dortmund Scharnhorst mit hohem Anteil an ehemaligen Arbeitern und Arbeitsmigranten. Der weitgehend partizipatorische Ansatz der Stadtentwicklung im IBA Kontext gilt als Modell für die kommunalen Entscheidungsträger und Stadtentwickler. Die veränderten demografischen Bedingungen besonders in den benachteiligten Quartieren erfordern die Beteiligung der Bewohner, um die Aneignung, Nutzung und Mitgestaltung gezielt zu fördern. Die Beteiligung verstärkt die Identifikation der Anwohner mit ihrem Quartier und trägt zur gesamtgesellschaftlichen Integration bei. Kommunen können bereits durch eigene Finanz- und Personalressourcen und die aktive Einbindung von Migranten bzw. deren Organisationen die Stadtentwicklung erfolgreich umsetzen. Folgende Handlungsempfehlungen gehören dazu:

#### 1. Strukturelle Maßnahmen

- Kultursensible Beratung und Begleitung von Existenzgründungen, Betriebsberatung und -ansiedlung
- Ausbau und Festigung der Internationalität als Standortfaktor
- Existenz- und Bestandssicherung
- Flexible bedarfsgerechte Finanzierungsinstrumente

- Förderung von Ausbildungsplätzen in Kleinst- und Kleinbetrieben
- Weiterbildung und Qualifizierung von Unternehmern
- Potenzialorientierter Diskurs über die ethnische Ökonomie durch die Kommune

#### 2. Reform der Stadtentwicklungsgestaltung und Beteiligungsmöglichkeiten

- Schaffung eines Runden Tisches zum Thema Stadtentwicklung mit Multiplikatoren aus den Migrantengemeinden
- Muttersprachliche Informationsvermittlung, Aufbau von Kommunikationskanälen, transparente Planung
- Mehr gender- und kultursensitive Planung
- Stärkere Anwohnerpartizipation und Bürgerentscheide bei quartiersbezogenen Projekten (für Ausländer ohne Wahlrecht von Belang)
- Aktive Rolle der Ausländer- bzw. Integrationsbeiräte in der Stadt(teil)entwicklung

#### 3. Öffnung der Verwaltung

- Mehr Mitarbeiter mit Migrationshintergrund in der Kommune, Verwaltung, in Kammern und Wirtschaftsförderungen
- Einrichtung einer Abteilung für ethnische Ökonomie in IHK, HWK und Wirtschaftsförderungen
- Mehr Vorstandsmitglieder mit Migrationshintergrund in der IHK und HWK
- Interkulturelle Sensibilisierung von Mitarbeitern
- Förderung der politischen Teilhabe durch die Nominierung von Migranten für die Ratswahlen
- Öffnung der Verwaltung für integrationspolitische Themen

#### 4. Partnerschaft mit Migrantenselbstorganisationen auf Augenhöhe

- Förderprogramme für die Stabilisierung von Migrantenselbstorganisationen
- Themenbezogene und organisatorische Qualifizierung von (Unternehmer-)Vereinen



## Literatur

- BPA – Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), 2011: Nationaler Integrationsplan 2011 – Zusammenhalt stärken – Teilhabe verwirklichen. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Berlin.
- BPA – Presse und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) 2007: Nationaler Integrationsplan 2011 – Neue Wege – Neue Chancen. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Berlin.
- Christ, Friedemann; Reinecke, Meike; Welker, Carsten, 2007: Erhöhung der Ausbildungsbeteiligung von Unternehmen mit Migrationshintergrund. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, Ramboll Management GmbH, Hamburg.
- Deutscher Städtetag, 2007: Integration von Zuwanderern. Erfahrungen und Anregungen aus der Praxis in den Städten. Berlin, Köln.
- Difu – Deutsches Institut für Urbanistik, 2005: Ethnische Ökonomie – Integrationsfaktor Integrationsmaßstab. Berlin.
- DIHK – Deutscher Industrie- und Handelskammertag, 2008: Gründungsflaute im konjunkturellen Aufschwung – DIHK-Gründungsreport 2008. Zahlen und Einschätzungen der IHK-Organisation zum Gründungsgeschehen in Deutschland. Berlin.
- Gesemann, Frank; Roth, Roland, 2009: Kommunale Integrationspolitik in Deutschland. Einleitende Bemerkungen. In Gesemann, Frank; Roth, Roland (Hrsg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft, Wiesbaden.
- Gestring, Norbert; Janßen, Andrea; Polat, Ayca, 2006: Prozesse der Integration und Ausgrenzung. Türkische Migranten der zweiten Generation. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Halm, Dirk; Sauer, Martina, 2011: Die türkische Gemeinde in Deutschland und das Konzept der sozialen Milieus. In: Leviathan 39, 1, 73–97.
- Halm, Dirk; Sauer, Martina, 2005: Freiwilliges Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland. Projekt der Stiftung Zentrum für Türkeistudien im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Essen.
- Hanhörster, Heike, 2003: Potenziale der Wohneigentumsbildung von Migranten in benachteiligten Stadtteilen – Kurzfassung. ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen, Dortmund.
- Hanhörster, Heike; Mölder, Margit, 2000: Konflikt- und Integrationsräume im Wohnbereich. In: Heitmeyer, W.; Anhut, R. (Hrsg.): Bedrohte Stadtgesellschaft, Weinheim und München.
- Hohn, Uta (Hrsg.) et al., 2005: Kurzbericht Stadtnatur – Wahrnehmung, Bewertung und Aneignung durch türkische MigrantInnen im nördlichen Ruhrgebiet unter besonderer Berücksichtigung von Industrie- und Waldflächen, unveröffentlichte Studie im Auftrag des Landesumweltministeriums NRW.
- Jankowitsch, Beate; Klein, Thomas; Weick, Stefan, 2000: Die Rückkehr ausländischer Arbeitsmigranten seit Mitte der achtziger Jahre. In: Deutsche und Ausländer: Freunde, Fremde oder Feinde? Blickpunkt Gesellschaft 5, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden.
- Jung, Martin; Unterberg, Michael; Bending, Mirko; Seidl-Bowe, Britta, 2011: Unternehmensgründungen von Migranten und Migrantinnen. evers & jung, Hamburg.
- Kühn, Heinz, 1979: Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitgeber und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland. Zugriff: [www.migration-online.de/data/khnmemorandum\\_1.pdf](http://www.migration-online.de/data/khnmemorandum_1.pdf) [abgerufen am 13.11.2013].
- Lederer, Harald W., 1997: Migration und Integration in Zahlen. Ein Handbuch. Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerangelegenheiten (Hrsg.). Bonn.
- Leicht, Rene, 2005: Die Bedeutung der ethnischen Ökonomie in Deutschland. Mannheimer Institut für Mittelstandsforschung (Kurzfassung), Mannheim.
- Leicht, Rene et al., 2012: Schöpferische Kraft der Vielfalt: Zugewanderte und ihre Unternehmen, Mannheim.
- Nikodem, C.; Schulze, E.; Yildiz, E., 2007: Routine in der differenzgeprägten metropolitenen Stadt. In: Bukow, W.-D.; Nikodem, C.; Schulze, E.; Yildiz, E. (Hrsg.): Was heißt hier Parallelgesellschaft? Zum Umgang mit Differenzen. Wiesbaden, 93-108.
- Nuissl, Henning; Schmitz, Antonie, 2013: Migration als Potenzial der kommunalen Entwicklung – Lokale Ansätze zur Unterstützung von ökonomischen Akteuren mit Migrationshintergrund. In: Raumforschung und Raumordnung. Band 71, Heft 3.
- PwC – PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Mittelstand, 2009: Erfolgsrezepte türkischstämmiger Unternehmer. Ein Modell für Deutschland? Osnabrück.
- Sauer, Martina, 2010: Partizipation und Engagement türkeistämmiger Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der elften Mehrthemenbefragung. Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung, Essen.
- Schuleri-Hartje, Ute. K.; Floeting, Holger.; Reimann, Bettina, 2005: Ethnische Ökonomie. Integrationsfaktor Integrationsmaßstab. Berlin.
- Talas, Cemal, 1997: Toplumsal Ekonomi Çalışma Ekonomisi. Imge Kitabevi, Ankara /Türkei.
- ZFTI – Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (Hrsg.), 2007: Die Wirtschaftskraft der türkischen Bevölkerung in Deutschland, NRW und der EU. Essen.

